

kratischem Wege, wirtschaftlich durch die gewissenhafte Einhaltung unserer Handelsverträge, d. h. durch die Aufbietung unserer ganzen Kraft zur Erfüllung und Übererfüllung unseres jetzigen und künftigen Volkswirtschaftsplans, moralisch, indem wir durch unsere politischen und wirtschaftlichen Leistungen das Vertrauen nicht nur in die Deutsche Demokratische Republik, sondern in den Friedenswillen des gesamten deutschen Volkes stärken.

Wir wollen mit allen Mitteln verhindern, daß unfreie Deutsche den nächsten Krieg für die Amerikaner führen. Wir wollen in Frieden und durch friedliche Arbeit die Freiheit des ganzen deutschen Volkes erringen. Dabei gehen wir aus von der Erfahrung und der Erkenntnis, daß die Außenpolitik eines Landes durch die Innenpolitik bestimmt wird. Wenn wir daher heute der Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zustimmen, so stimmen wir dabei gleichzeitig der gesamten Politik dieser unserer Regierung zu. Für uns gilt: Wer der Deutschen Demokratischen Republik die Treue hält, der hält dem ganzen deutschen Volke die Treue. Und diese Treue beweisen alle Deutsche guten Willens bei den Wahlen am 15. Oktober,

(Starker Beifall)

#### **Präsident Dieckmann:**

Für die Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat das Wort der Herr Abgeordnete Dahlem.

#### **Abg. Dahlem (SED):**

Meine Damen und Herren! Es ist hier mit vollem Recht unterstrichen worden, daß der Abschluß der Freundschaftsverträge zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den Volksdemokratien Polen, Tschechoslowakei und Ungarn ein welthistorisches Ereignis ist, denn dem jahrhundertalten Streit um die Grenzen zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn, der immer wieder zu blutigen Kriegen führte, ist für immer ein Ende gemacht. Es wird keine blutende Grenze mehr zwischen diesen Ländern geben. Unabänderlich, gerecht, endgültig sind diese Grenzen — so lauten die Texte der Verträge —, hinter denen die Macht und der Friedenswille der Völker steht. Im Osten Deutschlands ist durch die Verträge der Frieden unter den Völkern gesichert. Die Länder des Friedens erstrecken sich jetzt von der Elbe bis zum Stillen Ozean, gestützt auf die Sowjetunion, den unbeirrbar kämpfer für den Weltfrieden. Von diesem Teil der Welt droht der Menschheit keine Gefahr einer kriegerischen Aggression.

Die Deutsche Demokratische Republik hat seit den Freundschaftsverträgen, zuerst mit Moskau und jetzt mit Warschau, Prag und Budapest, vor aller Welt den Beweis erbracht, daß ein neues, friedliches Deutschland entstanden ist. Die Verträge dokumentieren, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und diesen Nationen sich auf einer ganz neuen Grundlage, auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und Gleichberechtigung, erfolgreich entwickeln. In allen Verhandlungen trat die deutsche Regierungsdelegation als Vertreterin eines gleichberechtigt anerkannten Partners auf. Deshalb können wir mit Stolz und Genugtuung feststellen, daß die Deutsche Demokratische Republik als gleichberechtigtes Mitglied in die Familie der freien, demokratischen und friedlichen Staaten aufgenommen wurde.

Meine Damen und Herren! Man kann die geschichtliche Tragweite dieser Tatsache nur ermessen, wenn man sich in Gedanken in die Lage zurückversetzt, in der sich Europa noch vor sechs Jahren, in der Zeit vor der Zerschmetterung des Hitlerregimes, befand. Ein Abgrund von Blut und Haß war von dem mörderischen

faschistischen Regime zwischen allen Nachbarvölkern und dem deutschen Volke aufgerissen worden. Am Ende dieses schrecklichen Krieges, im Jahre 1945, schien es so, als ob niemals mehr eine Brücke über die Grenzen im Osten geschlagen werden könnte. Millionen von Menschen waren in der Sowjetunion, in Polen, in der Tschechoslowakei bewußt ausgerottet worden.

Als ich gestern einige Akten des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses durchblättere, kamen mir noch einmal die unmenschliche Grausamkeit und der zynische Vernichtungswille lebendig zum Bewußtsein, mit denen barbarische Menschenschlächter an die Austilgung unserer Nachbarvölker im Osten herangegangen waren. Ich will nur einen dieser Menschenmörder zitieren, den Generalgouverneur Frank. Laut Akten hat er einem Korrespondenten des „Völkischen Beobachters“ am 6. Februar 1940 auf dessen Frage, was der Unterschied zwischen dem Protektorat und dem Generalgouvernement sei, die zynische Antwort gegeben:

Einen klassischen Unterschied kann ich Ihnen sagen. In Prag waren z. B. große rote Plakate angeschlagen, auf denen zu lesen war, daß heute 7 Tschechen erschossen worden sind. Da sagte ich mir: Wenn ich für je 7 erschossene Polen ein Plakat aushängen lassen wollte, dann würden die Wälder Polens nicht ausreichen, das Papier herzustellen für solche Plakate.

(Pfui-Rufe)

Von diesem Frank wird in den Gerichtsakten des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses weiter zitiert:

Was wir jetzt an Führungsschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren. Was wieder nachwächst, ist wieder, wegzuschaffen.

Die ganze Welt war damals voller Entsetzen über die ungeheuren Missetaten der deutschen nazistischen Barbaren. Imperialistische Kräfte in den USA und England versuchten damals, die berechnete feindselige öffentliche Weltmeinung gegen das deutsche Volk auszunutzen, um ihre Pläne zur Vernichtung Deutschlands durchzusetzen. Bekannt sind die Vorschläge, die von den Vertretern der USA und Großbritanniens der Sowjetunion in den Jahren 1943 und 1944 gemacht wurden, Deutschland zuerst in fünf Teile, dann wieder, in drei Teile zu zerschlagen, denen aber Generalissimus Stalin immer wieder die klare Linie der Sowjetunion entgegengesetzte: „Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk und der deutsche Staat bleiben.“ Es ist aktenkundig, daß gerade Truman und Churchill an der Spitze derjenigen standen, die damals Deutschland als Nation zu vernichten versuchten.

Es ist aber ebenso dokumentarisch nachgewiesen, daß gerade diese beiden Staatsmänner damals für die Regelung der neuen Grenzen zwischen Polen und Deutschland eintraten, als sie, wie hier schon bemerkt wurde, noch der Hoffnung waren, daß ein reaktionäres Polen ein willfähiges Instrument in ihren Händen gegen die Sowjetunion werden könnte. Ihre heutige Haltung erweist sich als eine beispiellose Heuchelei, wenn man sie mit ihrer Stellungnahme im Jahre 1944 vergleicht, wie sie der Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht zitiert hat. Die Vertreter, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens haben — man kann das nicht genügend oft wiederholen — zusammen mit den Vertretern der Sowjetunion ihre Unterschrift unter das Potsdamer Abkommen geleistet, in dem diese neuen Grenzen festgelegt wurden. Sie haben in gemeinsamen Staatsverträgen die Unterbringung der Umsiedler in den verschiedenen Besatzungszonen Deutschlands geregelt. Polen konnte mit ihrer Zustimmung sofort die neuen Gebiete besiedeln. Und heute soll das alles nicht mehr wahr sein! Die Wahrheit ist, daß die amerikanischen und englischen Imperialisten die Frage der Neuregelung